

Österreich

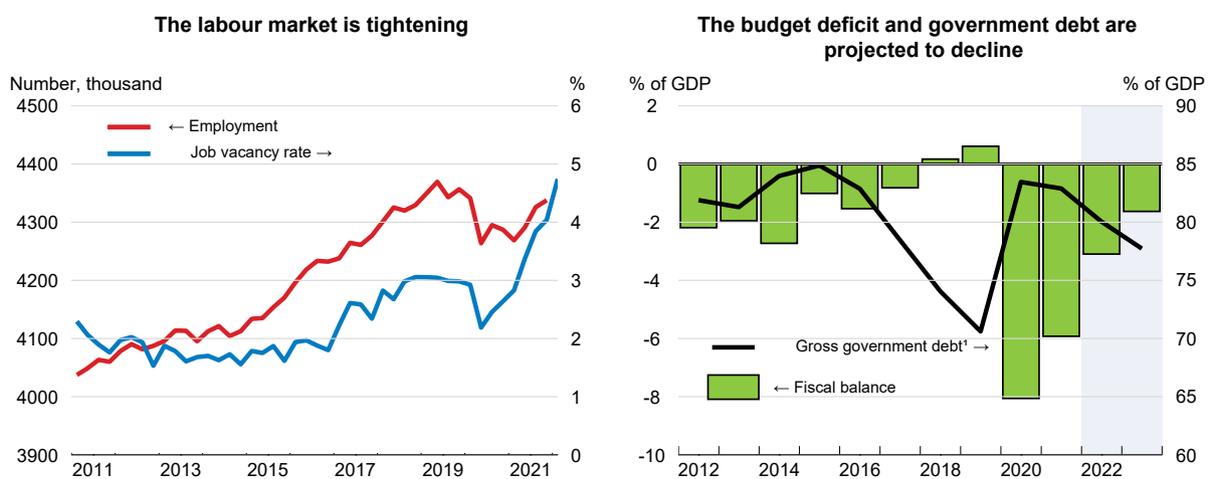
Die österreichische Wirtschaft wird den Projektionen zufolge 2022 um 3,6 % und 2023 um 1,4 % expandieren. Die russische Invasion in der Ukraine hat die Wachstumsaussichten eingetrübt. Angesichts eines deutlichen Beschäftigungszuwachses und steigenden Stellenangebots ist der Arbeitsmarkt zunehmend angespannt. Als wichtigster Wachstumsmotor dürfte sich der private Verbrauch erweisen. Die gestiegene Unsicherheit, höhere Energiepreise, ein Arbeitskräftemangel und Störungen der Lieferketten beeinträchtigen die Unternehmensinvestitionen und das Exportwachstum. 2022 ist mit einer deutlichen Zunahme der Gesamtinflation auf 6,7 % zu rechnen, im Laufe des Jahres 2023 dürfte sie aber wieder leicht zurückgehen.

Im Projektionszeitraum wird eine allmähliche Straffung der Finanzpolitik erwartet, da die pandemiebedingten Hilfsprogramme enden. Die Regierung hat allerdings neue Unterstützungsmaßnahmen eingeführt, um die Folgen der steigenden Energiepreise für Haushalte und Unternehmen abzumildern. Diese Hilfen sollten zielgenau sein, um eine Schwächung der Preissignale zu vermeiden und die Fiskalkosten in Grenzen zu halten. Die ökosoziale Steuerreform ist ein begrüßenswerter Schritt hin zu einer umweltfreundlicheren Wirtschaft, allerdings sind weitere Maßnahmen nötig, um bis 2040 Treibhausgasneutralität zu erreichen und die Energieversorgungssicherheit zu erhöhen.

Die Inflation ist hoch und steigt weiter

Die Wirtschaftsaktivität hat sich im ersten Quartal 2022 deutlich belebt. Der Arbeitsmarkt hat sich vollständig von der Pandemie erholt, was eine deutliche Belebung des privaten Verbrauchs begünstigt. Der Verbraucherpreisauftrieb ist auf den höchsten Wert seit September 1975 gestiegen. Inflationstreiber waren ursprünglich die Energiepreise, doch mittlerweile wird die Teuerung auf relativ breiter Ebene beobachtet. Die Preissteigerungsrate auf der Erzeugerstufe ist ebenfalls so hoch wie zuletzt Mitte der 1970er Jahre und dürfte den Druck auf die Verbraucherpreisinflation im weiteren Verlauf des Jahres 2022 noch verstärken.

Austria



1. Maastricht definition.

Source: Statistik Austria; and OECD Economic Outlook 111 database.

Austria: Demand, output and prices

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Current prices EUR billion	Percentage changes, volume (2015 prices)				
Austria						
GDP at market prices*	385.4	1.5	-6.8	4.6	3.6	1.4
Private consumption	200.1	0.7	-8.4	3.2	4.0	1.1
Government consumption	74.5	1.5	-0.4	6.8	-1.2	0.6
Gross fixed capital formation	92.7	4.8	-4.9	4.0	4.2	2.0
Final domestic demand	367.3	1.9	-5.9	4.2	3.0	1.2
Stockbuilding ¹	6.0	-1.2	0.1	0.5	0.0	0.0
Total domestic demand	373.3	0.6	-5.8	4.5	2.9	1.2
Exports of goods and services	214.3	3.3	-11.5	13.3	8.5	4.4
Imports of goods and services	202.2	1.8	-9.4	13.8	7.4	4.1
Net exports ¹	12.1	0.9	-1.5	0.1	0.7	0.2
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	–	1.6	2.3	1.7	3.5	3.4
Harmonised index of consumer prices	–	1.5	1.4	2.8	6.7	4.7
Harmonised index of core inflation ²	–	1.7	2.0	2.3	3.6	3.9
Unemployment rate (% of labour force)	–	4.5	5.4	6.2	5.2	5.0
Household saving ratio, net (% of disposable income)	–	8.5	14.4	11.8	7.4	6.5
General government financial balance (% of GDP)	–	0.6	-8.1	-5.9	-3.1	-1.6
General government gross debt (% of GDP)	–	93.5	112.3	106.4	103.5	101.2
General government debt, Maastricht definition ³ (% of GDP)	–	70.6	83.5	82.9	80.0	77.7
Current account balance (% of GDP)	–	2.1	1.9	-0.5	-0.3	-0.9

* Based on seasonal and working-day adjusted quarterly data; may differ from official non-working-day adjusted annual data.

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. Harmonised index of consumer prices excluding food, energy, alcohol and tobacco.

3. The Maastricht definition of general government debt includes only loans, debt securities, and currency and deposits, with debt at face value rather than market value.

Source: OECD Economic Outlook 111 database.

StatLink  <https://stat.link/golc9b>

Österreich ist stark von Erdgasimporten aus Russland abhängig. Vor der russischen Invasion in der Ukraine deckten sie 80 % des österreichischen Erdgasverbrauchs ab. Der russische Anteil an den Rohöleinfuhren betrug hingegen nur rd. 8 % und wurde bereits deutlich gesenkt. Davon abgesehen sind die Handelsbeziehungen (inkl. Tourismus) mit Russland eher begrenzt. Das Gesamtvolumen der ausstehenden Kredite, die Russland von österreichischen Banken gewährt wurden, gehört zu den höchsten in der Europäischen Union. Trotzdem hält sich das Risiko für den österreichischen Bankensektor in Grenzen, denn gemessen an allen offenen Auslandskrediten beträgt der russische Anteil nur rd. 4 %. Bis Mai sind rd. 70 000 Menschen aus der Ukraine nach Österreich geflüchtet und die Zahl steigt weiter. Die Geflüchteten haben gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Behörden unterstützen sie mit Leistungen in Höhe von rd. 0,12 % des BIP.

Der fiskalpolitische Kurs wird gestrafft

Das Defizit im Primärhaushalt dürfte 2022 abgebaut werden und für 2024 wird ein Überschuss erwartet. Grund hierfür ist insbesondere das Ende der Coronahilfen. Die Grundtendenz der Haushaltspolitik ist restriktiv, die öffentlichen Investitionen werden jedoch bis 2026 mit Zuschüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität in Höhe von rd. 0,8 % des BIP unterstützt. Außerdem federn die Behörden die Effekte der steigenden Energiepreise durch neue diskretionäre Maßnahmen ab. 2022 sind dafür insgesamt 0,8 % des BIP vorgesehen, gefolgt von 0,2 % im Jahr 2023. Die Regierung plant außerdem, im Rahmen dieses

Pakets nationale strategische Gasreserven anzulegen. Darüber hinaus tritt im Juli 2022 die ökosoziale Steuerreform in Kraft. Sie umfasst eine Reihe von Maßnahmen und sieht u. a. eine schrittweise Erhöhung der CO₂-Bepreisung und Senkungen der Lohn- und Einkommensteuer sowie der Körperschaftsteuer vor.

Die Projektionen unterliegen erheblichen Abwärtsrisiken

Die Expansion der Wirtschaftstätigkeit setzt sich dank eines deutlichen Wachstums des privaten Verbrauchs fort. Hohe Energiepreise und Lieferengpässe aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine und der darauffolgenden Sanktionen werden allerdings die Unternehmensinvestitionen und Exporte hemmen. In vielen Branchen wird das Wachstum durch einen Fachkräftemangel gebremst. 2022 ist mit einem deutlichen Anstieg der Gesamtinflation auf 6,7 % zu rechnen und im Lauf des Jahres 2023 dürfte die Teuerung nur leicht zurückgehen. Die Rohölpreise werden aufgrund des Ölembargos der EU gegen Russland auf hohem Niveau verharren. Die Lohnverhandlungen orientieren sich üblicherweise an den Inflationsraten der letzten zwölf Monate und könnten daher 2022 und 2023 für zusätzlichen Aufwärtsdruck auf die Preise sorgen. 2022 werden die Reallöhne sinken, 2023 allerdings wird sich das verfügbare Realeinkommen u. a. dank deutlicher Lohnzuwächse stabilisieren. Die Wachstumsprojektionen sind mit beträchtlichen Abwärtsrisiken behaftet. Eine weitere Pandemiewelle mit neuen Gesundheitsschutzmaßnahmen, die die Wirtschaftstätigkeit in den Dienstleistungsbranchen hemmen, würde das Wachstum 2022 gefährden. Eine Störung der Erdgasversorgung hätte schwerwiegende Konsequenzen für die ökonomische Aktivität, da es für die russischen Gasimporte auf kurze Sicht keinen Ersatz gibt.

Mehr Energiesicherheit durch einen Ausbau der Erneuerbaren und eine bessere Aktivierung der Arbeitskräftereserven sind zentrale Prioritäten

Die Politikmaßnahmen sollten darauf abzielen, die Erdgasversorgung besser zu diversifizieren und das inländische Potenzial an erneuerbaren Energieträgern auszuschöpfen. Dies würde die Bemühungen der letzten Zeit zur beschleunigten Befüllung der Erdgasspeicher ergänzen und dazu beitragen, die negativen Auswirkungen einer potenziellen plötzlichen Unterbrechung der Erdgasimporte zumindest zum Teil zu neutralisieren. Das Wachstum wird durch einen Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel gebremst. Um ihn zu bekämpfen, muss Österreich seine Arbeitskräftereserven besser aktivieren. Ein Schwerpunkt sollte sein, die Beschäftigung von Frauen stärker zu fördern, z. B. indem das frühkindliche Betreuungsangebot im ganzen Land ausgebaut und verbessert wird. Stärkere Anreize für ein späteres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und gute Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmer*innen würden helfen, das Angebot an Fachkräften zu erhöhen.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2022 Issue 1

Access the complete publication at:
<https://doi.org/10.1787/62d0ca31-en>

Please cite this chapter as:

OECD (2022), "Österreich", in *OECD Economic Outlook, Volume 2022 Issue 1*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/47674500-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area. Extracts from publications may be subject to additional disclaimers, which are set out in the complete version of the publication, available at the link provided.

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at <http://www.oecd.org/termsandconditions>.